



Bad Schwalbach, den 27.11.2019

Niederschrift

Gremium	Ausschuss für Energie, Umwelt und Kreisentwicklung
Sitzungsnummer	23/X. Wahlperiode
Datum	Dienstag, 26. November 2019
Sitzungsbeginn	16:03 Uhr
Sitzungsende	18:25 Uhr
Ort	KA-Sitzungszimmer

Teilnehmer:

Vorsitzender

Herr Paul Weimann	
-------------------	--

Stellv. Vorsitzende

Herr Roland Hoffmann	
----------------------	--

Landrat

Herr Frank Kilian	
-------------------	--

Mitglied

Herr Klaus-Peter Güttler	
--------------------------	--

Herr Günter Heckel	
--------------------	--

Herr Christian Kessner	
------------------------	--

Herr Lothar Metternich	
------------------------	--

Herr Volker Mosler	
--------------------	--

Frau Jung-Wellek	
------------------	--

Herr Harald Schmelzeisen	
--------------------------	--

Herr Winfried Steinmacher	
---------------------------	--

Dezernent

Herr Günter F. Döring	
-----------------------	--

Herr Karl Ottes	
-----------------	--

Herr Hans-Joachim Pirschle	
----------------------------	--

Schriftführerin

Frau Yvonne Grein	
-------------------	--

Öffentliche Tagesordnungspunkte:

Der Ausschussvorsitzende Weimann eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Energie, Umwelt und Kreisentwicklung um 16:03 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt die anwesenden Mitglieder des Ausschusses, Vertreter des Kreisausschusses und der Verwaltung.

Der Ausschussvorsitzende Weimann schlägt vor, den TOP 8 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft 2020 nach TOP 3 zu behandeln. Die Ausschussmitglieder stimmen diesem Vorschlag einstimmig zu.

TOP 1. DS Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Energie, Umwelt und Kreisentwicklung vom 22.10.2019

Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Energie, Umwelt und Kreisentwicklung vom 22. Oktober 2019 wird mit einer redaktionellen Änderung einstimmig genehmigt.

Die redaktionelle Änderung betrifft die Niederschrift zu TOP 9, vorletzter Absatz: „Der Kreistagsbeschluss vom 27. August 2019“ wird ersetzt durch „Der Beschluss des EUKA vom 20. August 2019“.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

TOP 2. DS X/1014 Neubauvorhaben im Gewerbegebiet "Ober der Hardt", Bad Schwalbach; Grundsatzbeschluss

Die TOP 2 Neubauvorhaben im Gewerbegebiet „Ober der Hardt“, Bad Schwalbach, Grundsatzbeschluss und TOP 3 Sachstandsbericht Neubauplanungen im Bereich „Ober der Hardt“, Bad Schwalbach werden gemeinsam behandelt. Zu TOP 2 wurde von der CDU-Fraktion am 20. November 2019 ein Antrag gestellt, der dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt ist.

Frau Mattedi von der Kplan AG erläutert anhand einer Präsentation die Konzeption für das Gefahrenabwehrzentrum sowie die geprüften Standorte. Die Präsentation ist dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt.

Das Gefahrenabwehrzentrum setzt sich aus vier Modulen zusammen:

1. Kreisleitstelle mit FD III.3,
2. Operativ-Taktische Einheit für KatS-, BS-, GABC- und Großschadensereignisse,
3. Rettungswache Bad Schwalbach,
4. Kreisjugendfeuerwehr, Kreisfeuerwehrverbände und Kreisausbildung / Brandschutzerziehung.

Für das Modul 1 besteht dringender Handlungsbedarf, da die Leitstelle sowohl räumlich als auch technisch nicht den derzeit geltenden Anforderungen entspricht. Es wurden, wie der Präsentation auf Seite 22 zu entnehmen ist, im näheren Umfeld des Kreishauses mehrere Standorte im Hinblick auf die Realisierbarkeit des Moduls 1 untersucht. Der Standort 3, die obere östliche Parkfläche, wäre nach erster Prüfung bedingt geeignet. Eine detaillierte Prüfung des Standortes könnte im Rahmen einer Machbarkeitsstudie erfolgen.

Aufgrund der schwierigen Erschließungssituation durch nur eine, sehr enge Zufahrt zum Parkplatz, der wegfallenden Parkplätze und der topografisch schwierigen Situation wurde in der von der Verwaltung einberufenen Arbeitsgruppe im Jahr 2018 empfohlen, einen Alternativstandort für alle vier Module zu suchen. Dieser wurde im Gewerbegebiet „Ober der Hardt“ gefunden. Hier könnten alle vier Module realisiert werden, was eine Kostenersparnis und Synergien in der Nutzung bedingen würde. Zudem wäre ein Standort dort erweiterbar.

An der intensiven Aussprache zu den TOP 2 und 3 beteiligen sich die Abgeordneten Schmelzeisen, Güttler, Hoffmann, Mosler, Metternich, Heckel, Jung-Wellek, Landrat Kilian sowie die Herren Schardt, Krebs und Dreier.

Die Mitglieder des Ausschusses wünschen sich eine modulare Betrachtung des Gefahrenabwehrzentrums. Der dringende Bedarf für das Modul 1 wird bestätigt. Die Realisierbarkeit dieses Moduls gemeinsam mit zusätzlichen Büroflächen soll prioritär in der Nähe des Kreishauses geprüft werden.

Hinsichtlich der Module 2 und 4 soll darüber nachgedacht werden, ob wie bisher eine dezentrale Lösung bei den örtlichen Feuerwehren auch zukünftig denkbar wäre. Für die Rettungswache Bad Schwalbach kommen verschiedene Standorte in Bad Schwalbach in Frage.

Da die in der Präsentation enthaltenen Informationen zunächst den Fraktionen zugänglich gemacht werden sollen, vertagt der Ausschuss einstimmig die Beschlussfassung zu den TOP 2 und 3.

Im Hinblick auf den Haushaltsplan 2020 empfiehlt der EUKA dem HFA jedoch folgenden Beschluss:

1. Die Haushaltsstelle für das Neubauvorhaben Gefahrenabwehrzentrum „Ober der Hardt“ soll umbenannt werden. Als zukünftiger Titel wird Neubauvorhaben Gefahrenabwehrzentrum vorgeschlagen.
2. Die Haushaltsstelle soll mit einem Sperrvermerk versehen werden, der durch die Beschlussfassung des EUKA aufgehoben werden kann.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschluss:

1. Die Haushaltsstelle für das Neubauvorhaben Gefahrenabwehrzentrum „Ober der Hardt“ soll umbenannt werden. Als zukünftiger Titel wird Neubauvorhaben Gefahrenabwehrzentrum vorgeschlagen.
2. Die Haushaltsstelle sollte mit einem Sperrvermerk versehen werden, der durch die Beschlussfassung des EUKA aufgehoben werden kann.

TOP 3. DS X/1135 Sachstandsbericht Neubauplanungen im Bereich Ober der Hardt, Bad Schwalbach

Der TOP 3 wurde gemeinsam mit dem TOP 2 behandelt.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

TOP 4. DS X/1137 Berichts Antrag Nr. 20/19 der SPD-Kreistagsfraktion: Personalbedarf der Kreisverwaltung im Bereich Klimaschutz, hier: Stellungnahme der Verwaltung

Die Stellungnahme der Verwaltung wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 5. DS X/1141 Sanierungsoffensive des Landes im Rheingau-Taunus-Kreis betr. Antrag Nr: 25/2019 der FDP-Fraktion vom 26.09.2019 hier: Stellungnahme der Verwaltung

Der Abgeordnete Metternich merkt an, dass aus seiner Sicht in der Tabelle zwei Punkte nicht nachvollziehbar sind. Auf der L3027 gibt es keine Bahnunterführung, die instandgesetzt werden könnte. Auf der L3273 ist nicht der Abschnitt von Niederseelbach nach Oberseelbach sanierungsbedürftig, sondern der Abschnitt nach Engenhahn.

KB Pirschle sagt eine Prüfung zu.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 6. DS X/1148 Fridays for Future im RTK, Forderungen der Schüler, Umsetzungsprüfung

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Güttler, Hoffmann, Metternich, Jung-Wellek sowie KB Döring. Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

Es wird sodann folgender einstimmiger Beschluss gefasst.

Beschluss:

1. Der Kreistag bittet den RTV, die drängendsten Maßnahmen im Schülerverkehr zu ergreifen. Die Finanzierung soll aus den Rücklagen der RTV erfolgen.
2. Die RTV wird gebeten, in der nächsten Sitzung des EUKA über die ergriffenen Maßnahmen zu berichten.

TOP 7. DS X/1147 Neue Mobilitätsangebote im ÖPNV des Rheingau-Taunus-Kreises; hier: Berichts Antrag Nr. 27/19 der SPD-Fraktion vom 01.11.2019, eingegangen am 05.11.2019

Abg. Güttler erläutert den Berichts Antrag. An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Hoffmann und Güttler. Der Berichts Antrag wird einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird gebeten zu berichten,

1. ob es ähnliche Überlegungen bei der RTV für den Rheingau-Taunus-Kreis gibt?
2. worin die Herausforderungen für ein solches neues Mobilitätsangebot bestehen?
3. ob ein Testbetrieb durch den RMV, das Land Hessen oder den Bund gefördert wird?

TOP 8. DS X/1142 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft 2020

Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft 2020 wird ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

Der Ausschuss empfiehlt, den TOP auf die Tagesordnung II des Kreistages zu setzen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan 2020 wird wie folgt beschlossen:

1. Der Wirtschaftsplan 2020
wird gemäß §15 Eigenbetriebsgesetz
(GVBL II 1989 331 - 6) festgestellt.

2. Im Erfolgsplan werden die Erträge auf die Aufwendungen auf und der Jahresverlust auf festgesetzt.	11.181.000,00 € 12.831.900,00 € 1.650.900,00 €
3. Im Vermögensplan werden die Einnahmen auf und die Ausgaben auf festgesetzt.	2.525.000,00 € 2.525.000,00 €
4. Der Gesamtbetrag der Kredite wird auf festgesetzt.	- €
5. Der Gesamtbetrag der Verpflichtungs-ermächtigungen wird auf festgesetzt.	- €
6. Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf festgesetzt.	- €

Die Entgelte für Anlieferungen auf den Wertstoffhöfen werden nicht verändert.

**TOP 9. DS X/1002 Kostenfreies Busticket für Kreisbedienstete;
hier: Antrag Nr. 18/19 der SPD-Fraktion vom 22.05.2019**

Zum Ursprungsantrag vom 22. Mai 2019 wurde am 19. November 2019 ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion gestellt. Dieser Änderungsantrag ist dieser Niederschrift als **Anlage 3** beigefügt.

Ebenso wurde den Ausschussmitgliedern ein Vermerk der Verwaltung zum Jobticket vom 13. November 2019 zur Verfügung gestellt, der dieser Niederschrift als **Anlage 4** beigefügt ist.

Im Vermerk werden auch drei Angebote des RMV für das Jobticket zu einem Preis von bis zu 66.743,16 €/jährlich für alle Mitarbeiter des Rheingau-Taunus-Kreises erläutert.

Abg. Güttler fragt an, ob der Haushaltansatz für den Haushalt 2020 entsprechend gekürzt wird. Landrat Kilian erläutert, dass die Kürzung in der Haushaltsänderungsliste bereits berücksichtigt ist.

Da der Vermerk der Verwaltung zunächst den Fraktionen zugänglich gemacht werden soll, gibt der Ausschuss keine Empfehlung ab.

Abstimmungsergebnis: **keine Ausschuss Empfehlung**

TOP 10. DS X/1125 Umsetzung des Klimaschutzteilkonzepts "Klimaschutz in den eigenen Liegenschaften", Klimaschutzmanagerin/-manager; hier: Antrag Nr. 38/19 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25.09.2019, eingegangen am 30.09.2019

Da der Ausschuss in seiner Sitzung am 22. Oktober 2019 bereits über den Antrag beschlossen hat, erfolgt keine weitere Beratung. Der Beschluss vom 22. Oktober 2019, der eine Ablehnung des Antrags beinhaltet, wird aufrechterhalten.

TOP 11. DS X/1139 Beschlussfassung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020

Der Abg. Metternich bittet darum, im Haushalt konkret zu benennen, welche Kreisstraßen zuerst saniert werden. Darüber hinaus bittet er um Erläuterung, wofür der Haushaltsansatz von 600.000 € für die Sanierung der Kreisstraßen im Jahr 2020 verwendet werden soll.

KB Pirschle informiert, dass im Jahr 2020 Planungskosten anfallen. Für das Jahr 2022 sind folgende Baumaßnahmen vorgesehen:

K 683 Ausbau OD Burg Hohenstein
K 715 Ausbau zw. B 275 und OD Bermbach
K 984 Ausbau zw. Johannisberg und Marienthal
K 711 Ausbau zw. L 3026 und Dasbach.

Landrat Kilian führt aus, dass eine Erhöhung der Kreisumlage im nächsten Jahr von seiner Seite nicht vorgesehen ist. Darüber hinaus wird er dem Kreistag die Senkung der Schulumlage vorschlagen.

Der Haushaltsentwurf 2020 wird vom EUKA zur weiteren Beratung und Beschlussfassung an den HFA überwiesen.

TOP 12. DS Verschiedenes

KB Pirschle berichtet, dass der Fertigstellungstermin 13. Dezember 2019 der Rampe zur B 42 in Martinthal von HessenMobil bestätigt wurde.

Der Radschnellweg von Wiesbaden nach Rüdesheim kann nach einer Stellungnahme des Hessischen Wirtschaftsministeriums nicht hergestellt werden, weil die Kriterien, die für einen Radschnellweg gelten, nicht erfüllt werden können.

Weitere Informationen wird der Bericht des Landrates zum Kreistag beinhalten.

Der Abg. Metternich berichtet, dass die DB AG ein Brückenbauwerk über die Wiesbadener Straße in Niedernhausen plant, das wesentlich geringer dimensioniert ist als das vorhandene

Bauwerk. Damit wird die Anlage von Radwegen unmöglich.

Ausschussvorsitzender Weimann dankt den Anwesenden und schließt die Sitzung um 18:25 Uhr.

Bad Schwalbach, 27. November 2019

(Paul Weimann)
Ausschussvorsitzender

(Yvonne Grein)
Schriftführerin